

## Solidarität mit der GBM

Über Erasmus von Rotterdam, den großen Humanisten, Aufklärer und Wegbereiter der Reformation schreibt Stefan Zweig: »... Und er hat nur ein Ding auf Erden wahrhaft als den Widergeist der Vernunft gehasst: den Fanatismus, ... erblickte ... in jeder Form von Gesinnungsunduldsamkeit das Erbübel unserer Welt... Fast in jeder Widerstreit könnte vergleichsweise ausgetragen werden, überspannten nicht immer die Treiber und Übertreiber den kriegerischen Bogen. Darum bekämpfte Erasmus jedweden Fanatismus, ob auf religiösem, ob auf nationalem oder weltanschaulichem Gebiete, als den gebornen und geschwornen Zerstörer jeder Verständigung ...«

(Stefan Zweig: »Triumph und Tragik des Erasmus von Rotterdam«, S. Fischer-Verlag 1981, Seite 10)

Auch 500 Jahre später sind die von Erasmus von Rotterdam angestrebten vernünftigen Prinzipien für geistige Auseinandersetzungen und politische Kultur keineswegs politischer Umgangstil. Das belegt der am 23.05.2012 vollzogene Ausschluss der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)

aus dem Forum Menschenrechte (FMR). Sie hatte diesem Netzwerk von deutschen Menschenrechtsorganisationen seit seiner Gründung 18 Jahre lang angehört und dessen Tätigkeit durch das Einbringen ostdeutscher Sichten konstruktiv unterstützt.

Begründet wird der Ausschluss der GBM mit deren Erklärung »Friedenssichernde Maßnahmen« zum 50. Jahrestag der Grenzsicherungsmaßnahmen am 13. August 1961 im vergangenen Jahr. Die GBM hatte erpresserische Forderungen des FMR zur Zurücknahme dieser Erklärung abgelehnt.

Eine differenzierte Sicht auf historische Ereignisse ist ebenso unveräußerlicher Bestandteil wissenschaftlicher Diskussion wie das Recht, sie auch gegen widersprüchliche Auffassungen äußern zu dürfen. Wenn das Recht freier Meinungsäußerung ausgerechnet durch eine Menschenrechtsorganisation bestritten wird, beschädigt das nach unserer Auffassung deren Seriosität. Die in diesem Zusammenhang bemühte Debatte eines absoluten Rechts jeden Bürgers auf uneingeschränkte Reisefreiheit stellt sich so als

ideologisches Vehikel dar. Selbst die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« sieht Einschränkungen von Menschenrechten vor »zu dem Zweck ..., die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.«

Folgt man argumentativ dem FMR, dann würde ein absolutes Menschenrecht auf Ausreise ein uneingeschränktes Recht auf Einreise in alle Länder der Welt bedingen, wozu es durchaus differenzierte Standpunkte der Staaten gibt. Es ist nicht bekannt, dass das FMR gegen den Ausbau der »Festung Europa« und die Teilnahmslosigkeit gegenüber Tausenden im Mittelmeer Ertrunkenen, die allesamt gewichtige Gründe dafür hatten, ihre Heimat zu verlassen, protestiert hätte.

Auch auf die neueste Nachricht aus den USA, Personen in fernen Ländern auch weiterhin per US-Drohnen ermorden zu lassen, hat man bislang keinen Protest der FMR vernommen.

Anscheinend war die GBM-Erklärung vom Vorjahr nur ein gesuchter Anlass, um den Unmut politischer Kreise der BRD über die teilweise harsche Kritik des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 20.05.2011 zum 5. Staatenbericht der BRD Ausdruck zu geben. Die GBM war am Parallelbericht von 20 Nichtregierungsorganisationen, die sich in einer Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland zusammengefunden hatten, der die UNO-Kritik begründete, maßgeblich beteiligt.

Zugleich ist der Ausschluss der GBM Ausdruck von Bestrebungen, die totale Delegitimierung und Diskriminierung der DDR mit immer rigoroseren Mitteln durchzusetzen und die Wirkungsmöglichkeiten der wichtigsten Menschenrechtsorganisation im Osten Deutschlands zu beschränken. Von den etwa 50 Mitgliedsorganisationen des FMR kommt jetzt nur noch eine aus Ostdeutschland. Ist das so gewollt?

Es wird weder gelingen, die GBM mundtot zu machen, noch die Diskussion über die UNO-Kritik an der Menschenrechtslage in der BRD zu unterbinden. Der Deutsche Bundestag wird sich mit einer Großen Anfrage von Abgeordneten der Partei DIE LINKE (Drucksache 17/8966 vom 09.03.2012) zu befassen haben, in der in 153 Positionen um konkrete Auskünfte zu den von der UNO bemängelten menschenrechtlichen Defiziten der BRD ersucht wird, darunter auch zu Diskriminierungen bei der Altersversorgung Ostdeutscher, z.B. zu den unterschiedlichen Rentenwerten oder zum Missbrauch des Rentenrechts als politischem Strafrecht.

Die GBM kann in ihrem Bestreben, die Würde von ehemaligen Bürgern der DDR zu verteidigen und historisch-politisierenden Umdeutungsversuchen geschichtlicher Ereignisse entgegenzutreten, fest mit der Solidarität der ISOR e.V. rechnen. Ausgrenzungen und ein anmaßendes Meinungsdictat werden immer wieder mit Vernunft und Sachlichkeit konfrontiert werden. □

### Die Delegiertenkonferenz der GBM gab dazu am 31. Mai 2012 folgende Erklärung ab:

»Das Forum Menschenrechte (FMR) beschloss am 23. Mai 2012 bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen den Ausschluss der GBM aus dem Forum. Als Anlass diente die Erklärung der GBM zum 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR unter dem Titel: »Friedenssichernde Maßnahmen«.

Die GBM wurde damit vor die Alternative gestellt, entweder ihre durch das Recht auf politische Meinungsäußerung gedeckte politische Erklärung zu einem historischen Ereignis zurückzuziehen und sich von ihr auch eindeutig und öffentlich zu distanzieren oder aber ihre konstruktive Mitarbeit in einem zentralen Gremium der Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik aufzugeben.

Damit schwingt sich das FMR zu einer Zensurbehörde über die politische Meinungsbildung in den Mitgliedsorganisationen des Forums auf. Wir betrachten diese Entscheidung als eine grobe Verletzung der Menschenrechte.

Die GBM hat sich dafür entschieden, an ihrem klaren Standpunkt festzuhalten und wird sich keiner Bevormundung durch andere unterwerfen. Das betrifft auch ihre weitere Tätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte.

Die Teilnehmer der Delegiertenkonferenz der GBM protestieren mit aller Entschiedenheit gegen dieses Vorgehen des Forum Menschenrechte.«

## Pressemitteilung:

## Offener Brief des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig – an Herrn Bundespräsident Joachim Gauck

Minden, den 26. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, mit Entsetzen und Empörung haben wir Ihre Rede bei der Führungsakademie der Bundeswehr am 12.6.2012 vernommen. Insbesondere sehen wir Ihre Rede sehr kritisch als eine Rechtfertigung und Verharmlosung von Kriegseinsätzen an. Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, dass noch mehr (deutsche) SoldatInnen getötet werden und auch andere Menschen töten, was Sie im übrigen nicht erwähnen.

Eine Gesellschaft in diesem Kontext als »glücksüchtig« zu bezeichnen, finden wir sehr zynisch, da es nicht einfach um »Hedonismus« geht, von dem Sie an anderer Stelle sprechen, sondern um die Würde und das Recht auf Leben und Unversehrtheit, die jeder Mensch – egal ob als SoldatIn oder ZivilistIn – besitzt. Über dieses Recht setzen Sie sich mit Ihrer Rede hinweg, das ebenso für alle Menschen gilt wie z. B. für die Menschen, die im September 2009 im afghanischen Kundus bei der vom deutschen Oberst Georg Klein befohlenen Bombardierung getötet wurden. Nach den neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Verteidigungsministers de Maizière gehört die Rohstoffabsicherung zu den »nationalen Interessen« (Quelle s. u.). Es geht also nicht um die von Ihnen beschworene Freiheit, oder bedeutet Freiheit nach Ihrem Verständnis, dass die Bundesrepublik wie andere Industriestaaten die Freiheit hat, die Zweidrittel-Welt auszuplündern? Die Bundeswehr praktiziert die staatlich-institutionalisierte Aufhebung des in unserer Gesellschaft verankerten Tötungstabus. SoldatInnen erlernen dort die Anwendung tödender Gewalt.

Bereits das Erlernen, wieviel mehr die Androhung und erst recht die Anwendung tödender Gewalt stehen im direkten Widerspruch zur

Gewaltfreiheit. Unseres Erachtens ist Gewaltfreiheit eine unverzichtbare Voraussetzung, wenn nicht der Ermöglichungsgrund für jede Art menschlicher Kommunikation. Ohne Gewaltfreiheit ist die Achtung vor der Würde des Menschen nicht möglich. In diesem Sinne können wir es nicht verstehen, wenn Sie die »Ohne uns«-Haltung gegen eine neue Erstarung des Militarismus in Deutschland kritisieren. Sie selbst bezeichnen (militärische) Gewalt als ein Übel, rechtfertigen sie aber als ein – manchmal notwendiges – Mittel, um andere Gewalt zu überwinden.

Uns geht es auch nicht nur um »Ohne uns«: Sie ignorieren, dass es viele zivile, gewaltfreie Alternativen der Konfliktbearbeitung gibt, von denen einige als Ziviler Friedensdienst auch von der Bundesregierung finanziert werden. Dabei sind auch die zivilen Interventionen in Konflikte nach dem »Do no harm«-Ansatz von Mary B. Anderson mit der notwendigen Konfliktsensibilität durchzuführen, die wir bei militärischen Interventionen vermissen. Wenn nun Waffengewalt und Kriege Frieden schaffen würden, sozusagen als Ihre Lehre aus der Geschichte, dann müsste ja nach all dem Töten, den Zerstörungen und den Grausamkeiten, nach all den zivilen und militärischen Toten der letzten Jahrhunderte, der Weltfrieden schon längst ausgebrochen sein. Das ist er aber nicht. Auch unser Lehrer und Bruder, der Wanderprediger aus Nazareth, in dessen Nachfolge Sie als Pfarrer stehen, war an dieser Stelle schon anderer Meinung als Sie.

Der Internationale Versöhnungsbund setzt sich seit 1914 für eine Kultur der Gewaltfreiheit ein und ist weltweit in über 40 Ländern vertreten. Seine Mitglieder haben in zahlreichen Projekten Erfahrungen damit gesammelt, Gewalt

gewaltfrei zu überwinden. Bekannt geworden sind vor allem die Friedensnobelpreisträger Martin Luther King, Mairead Corrigan-Maguire und Adolfo Maria Pérez Esquivel.

In der Hoffnung auf einen in dieser Hinsicht alsbald wirksamen Politikwechsel – für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung – verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

**Dr. Matthias Engelke, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig**

(Zitierte Quelle: vgl. Bundesministerium der Verteidigung [2011]: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien.)

Quelle: [www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)

### Aus der Arbeit des Vorstandes:

In einer gemeinsamen Beratung von Vorstand und Beirat erläuterten die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers nochmals die Argumente der eingereichten Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG und die damit verbundenen Rechtsfragen.

Im Ergebnis der Beratung wurde einmütig festgestellt, dass alles Menschenmögliche geleistet und eine neue Qualität sowohl in der Präsentation rechtserheblicher Tatsachen als auch deren rechtlicher Würdigung erreicht wurde, um die Verfassungsbeschwerden zum Erfolg zu führen.

Die vor uns liegende Phase erfordert Geduld, weitere politische Aktivitäten, nicht zuletzt auch die Erhaltung und Festigung der Solidarität.

★

Die Rechtsanwälte nutzten die Beratung, um über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung um die rentenrechtliche Anerkennung von Zuschlägen und Zulagen (Verpflegungsgeld, einmalige Vergütungen, Erschwerniszuschläge u.ä.) zu informieren.

Nach der jetzt anzurufenden Ebene der LSG wird eine Entscheidung des BSG angestrebt, die Rechtsklarheit schaffen soll. Hinsichtlich des Ausgangs besteht Grund zum Optimismus. Ehemaligen Angehörigen des MdI, der NVA und Zollverwaltung der DDR ist weiter zu Anträgen und Klagen zu raten, um berechnete Interessen zu wahren. Für ehemalige Angehörige des MfS sind solche Anträge/Klagen bei Vordienstzeiten in den anderen bewaffneten Organen oder aber nach Aufhebung der Strafrenten zu prüfen.

★

Der Geschäftsführer informierte über die Mitgliederstatistik mit Stand vom 31.03.2012. Danach hat ISOR 20.481 Mitglieder, darunter waren 129 Neuaufnahmen.

★

Der Vorsitzende der Revisionskommission Manfred Krumbholz erstattete den Bericht über die Prüfung der Finanzen für das Haushaltsjahr 2011 und bestätigte die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzmittel.

Dem Schatzmeister wurde für das Jahr 2011 Entlastung erteilt.

### Veranstaltungen:

Der Ernst-Busch-Chor Berlin e.V. gibt am 19. September 2012 um 18.00 Uhr ein **Hanns-Eisler-Konzert**.

Ort: Münzenbergsaal im ND-Gebäude Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Eintritt: 5,00 EURO

★

Am 14. September 2012 ab 14.00 Uhr findet in Jeggeleben, wieder in der Ausflugsgaststätte

»Feine Sache«, das **12. Altmarktreffen** der fünf TIG aus den Kreisen **Salzwedel** und **Stendal** statt.

Im zweiten Teil kommen die Freunde guter Blasmusik auf ihre Kosten, denn das von früheren Treffen bekannte Feuerwehrorchester aus Niedersachsen hat sein Kommen zugesagt.

Sicher werden wieder viele Freunde von TIG außerhalb der Altmark an unserem Treffen teilnehmen wollen.

Diese melden sich bitte bis **07.09.2012** bei **Heinz Fischbeck** Tel. 03901 423409



Am 14.06.2012 führte unsere TIG Strausberg in bewährter Weise unter Teilnahme von Mitgliedern der Partei DIE LINKE, der DKP, des RotFuchs-Fördervereins und des Traditionsverbandes der NVA ihre periodische Mitgliederversammlung durch.

Die Besonderheit bestand darin, dass der Vorsitzende von ISOR, Horst Parton, sich kurzfristig bereit erklärte, uns über seine Eindrücke vom Göttinger Bundesparteitag der Partei DIE LINKE und zur Lage und den Stand des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht zu informieren.

Wie immer war die Veranstaltung gut besucht.

Sehr beeindruckend schilderte der Vorsitzende seine Eindrücke von den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, die beim Parteitag, an dem er als geladener Gast teilgenommen hatte, deutlich wurden. Uns wurde klar, dass bei aller unterschiedlicher Stellung der Mitglieder unserer TIG zu dieser Partei, sie sowohl die Unterstützung bei ihrem Kampf um die Herstellung ihrer Einheit benötigen, als auch mit unserer Solidarität fest rechnen kann, da sie auch die einzige im Bundestag vertretene politische Partei dieses Landes ist, die uns beim Kampf um Rentengerechtigkeit unterstützt.

Im Zusammenhang damit wurden wir auch darüber informiert, dass die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE in einer Großen Anfrage 153 Fragen an die Bundesregierung zu den Aussagen der UNO – Menschenrechtskommission über Menschenrechtsverstöße der Bundesrepublik Deutschland in sozialen Fragen gestellt hat. Darunter befinden sich auch Fragen zum Rentenstrafrecht.

Welche Haltungen zu erwarten sind, erläuterte Freund Parton mit der Antwort auf ein Schreiben des Generals a.D. Schmalfuß an Bundespräsident Gauck, in dem mitgeteilt wurde, dass der Bundespräsident laut Grundgesetz »kein Recht auf Gesetzesinitiativen“ habe.

Aus all dem dargelegten ergab sich für uns der Schluss, dass mit Einreichen der Verfassungsbeschwerde, deren Eingang durch das BVerfG inzwischen bestätigt wurde, der bisherige Höhepunkt unseres zwanzigjährigen Kampfes erreicht wurde. Mit den zwei vorliegenden Gutachten, die mit der Verfassungsbeschwerde eingereicht wurden, wird deutlich, dass neue rechtserhebliche Tatsachen vorliegen, die nach unserem Ermessen eine erneute Verhandlung möglich machen.

Wir waren uns einig, dass wir unabhängig

von unserer Zugehörigkeit zu unterschiedlichen bewaffneten Organen der DDR gemeinsam mit den Sozialverbänden und linken Kräften in unserem Territorium sowohl ideell als auch materiell den Kampf weiter führen werden und wenn es sein muss bis zur UNO.

**Hans-Joachim Friedrich**

★

Am 06.06.2012 fand in unserer TIG Salzwedel die Wahl eines neuen Vorstandes statt.

Die Wahlversammlung stand ganz unter dem Motto – Festigung des inneren Zusammenhaltes in unserer TIG – als unser Beitrag für den weiteren Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Sehr interessiert wurden von allen anwesenden Mitgliedern die Ausführungen von Dieter Wittstock, Mitglied des ISOR-Vorstandes verfolgt. Er informierte uns über die neuesten politischen und juristischen Ergebnisse im Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Wertvolle Hinweise erhielt der neue Vorstand auch für seine künftige Arbeit.

Durch den neu gewählten Vorsitzenden wurde auf die Vorbereitung der anstehenden Höhepunkte im Leben unserer TIG orientiert. Dazu zählen das Altmarktreffen der TIG Salzwedel, Stendal, Gardelegen, Tangerhütte und Klötze am 15.09.2012 in 29416 Jeggeleben – Landkreis Salzwedel – Gaststätte »Feine Sache«, (s. auch. S. 2) sowie die Weihnachtsfeier der TIG im Monat Dezember. **Willfrid Romatschke**

### Aus der Postmappe:

Am 3. Mai nahmen mein Mann und ich an einer von der GBM im OKV organisierten Busfahrt nach Carwitz im Naturpark Feldberger Seenlandschaft teil.

Bei schönstem Wetter fuhren wir durch weite Wälder, Täler, vorbei an klaren Seen nach Carwitz. Hier lebte der deutsche Erzähler Hans Fallada. Ebenso hatte Ruth Werner, die Schriftstellerin und Kundschafterin hier ihren Sommersitz.

Ein Teil der Reisegruppe besuchte die Ruth-Werner-Ausstellung, die zweite Gruppe das Hans-Fallada-Haus. In der Ruth-Werner-Ausstellung trafen wir uns mit Mitgliedern des Vereins »Ruth Werner«, der am 10. Todestag der Kundschafterin gegründet wurde.

In der kleinen Ausstellung sind Exemplare ihrer zahlreichen Bücher zu sehen. Angefangen von Kinder- und Jugendbüchern bis zu ihrer Autobiografie »Sonjas Rapport« sind noch zu erwähnen »Ein ungewöhnliches Mädchen«, das Buch über Olga Benario, »Der Gong des Porzellanhändlers« und viele andere. Wer hat die Bücher nicht im Bücherregal?

Zwei Porträts von Ruth Werner schmücken

den Raum. Außerdem werden ihre zahlreichen Auszeichnungen gezeigt. In Ordnern sind viele Artikel über Ruth Werner gesammelt worden. Material wird immer noch gern angenommen, ebenso Spenden.

Der Verein will die Persönlichkeit Ruth Werners ehren, ihre Auffassung vor allem von Frieden und Humanität vermitteln. Besonders empfiehlt sich das Buch »Dankgespräche an Sonja – die Geschichte der Ruth Werner« vom Verlag Neues Leben.

Zum Falladahaus führt der Weg an einem Kinderspielplatz mit geschnitzten Tierfiguren aus seinem Buch »Geschichten aus der Murkelei« vorbei. Das heutige Hans-Fallada-Museum – eine ehemalige Büdnerei – war von 1933 bis 1944 der Lebensort des großen deutschen Erzählers. Viele seiner Bücher wurden in der DDR verfilmt, z.B. »Kleiner Mann was nun?«, »Wolf unter Wölfen«, »Jeder stirbt für sich allein«; sein letztes Werk nach Gerichtsakten, die ihm Johannes R. Becher vermittelte.

Den Abschluss bildeten ein geführter Spaziergang durch den ältesten Buchenwald Deutschlands und eine schöne Tasse Kaffee mit frischem Obststrudel.

**Christel Bürger, TIG Bernau**

### Bei anderen gelesen:

#### Aus dem Informationsblatt Nr. 21 des GBM-Ortsverbandes Chemnitz und Umgebung

Am 12. April 2012 fand eine gemeinsame Veranstaltung – GBM mit anderen Seniorenverbänden der Stadt Chemnitz zum Thema »Die Position der Linkspartei zur Gesundheitsreform der schwarz-gelben Regierung – Folgen und Perspektiven« statt. Als Referentin konnte von uns Dr. Martina Bunge (MdB, Fraktion DIE LINKE, Trägerin des Menschenrechtspreises der GBM 2011) gewonnen werden.

Einleitend führte sie aus, dass die BRD ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem besitzt – allerdings nur dann, wenn die Krankheiten bereits ausgebrochen sind. Es gibt keine Prävention. Obwohl es verschiedene Projekte für die Krankheitsvorbeugung gibt, stehen dafür keine Finanzen zur Verfügung. So wie es gegenwärtig aussieht, wird es ein diesbezügliches Gesetz der schwarz-gelben Regierung nicht geben.

» » » Fortsetzung auf Seite 4



»»» Fortsetzung von Seite 3

Mit all den vor Jahren eingeführten Maßnahmen (Praxisgebühr, höhere Zuzahlungen für Medikamente und medizinische Leistungen) wurde das Ziel, weniger Arztbesuche durch die Bürger, nicht erreicht, aber ein Riesenschatz an Überschüssen bei den Krankenkassen erzielt. Um die Verwendung dieser Mittel wird gegenwärtig gefeilscht. Die Linke im Bundestag fordert Rückzahlung an die Versicherten.

Im Bereich der Pflege wurden Maßnahmen eingeleitet, die zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen. So wurde z.B. Pflegepersonal abgebaut und der Leistungsumfang eingeschränkt, um Geld zu sparen. Die unter dem Pflegebegriff verstandenen Leistungen beziehen sich nur auf die körperliche Betreuung bzw. Behandlung, der Teil der seelischen Betreuung (gegen Einsamkeit, Depressionen usw.) wird nicht berücksichtigt. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Maßnahmen »zu Hause alt werden« einen erhöhten Aufwand für die Pflegeleistung erfordert. Die gegenwärtige Politik bezüglich des Gesundheitssystems ist gescheitert. Deshalb fordert die Linke im Bundestag auch eine stabile Basis für die Aufgaben im Gesundheitswesen zu schaffen.

Eine Alternative zum gegenwärtigen Gesundheitssystem haben die SPD, die Grünen und die Linke vorgestellt:

- Die Privatversicherung im Gesundheitswesen abzuschaffen, es sei denn als eine Zusatzversicherung zu handhaben und damit alle Bürger gleich zu versichern;
  - die Versicherungsbeiträge über alle Einkommen zu erheben, d.h. auch Nebeneinkünfte (z.B. aus Mieten, Kapitaleinkünften u.a.);
  - die Beitragsbemessungsgrenzen aufzuheben.
- Berechnungen haben ergeben, dass mit diesen Maßnahmen Einkünfte der Krankenkassen erreicht würden, die den Bedarf 10 Jahre lang decken könnten.

Zum Thema Rente führte Dr. Bunge noch aus, dass es 21 Jahre nach der Wiedervereinigung höchste Zeit ist, den Rentenwert Ost an den allgem. Rentenwert anzugleichen.

Auch hier haben die Seniorenverbände der Gewerkschaften, insbesondere ver.di, ein Modell erarbeitet, wie mit Hilfe von Steuermitteln innerhalb von 5 Jahren das Problem gelöst werden könnte. Es fehlt am politischen Willen, das durchzusetzen. Bemerkenswert muss noch, dass die 17 Anträge, die die Linke zur Lösung der Rentenprobleme eingereicht hatte, im Bundestag abgelehnt wurden.

★

**Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE  
im Bundestag vom 19.06.2012  
Das Rentenkonzept des DGB –  
ein richtiger Schritt**

»Das Rentenkonzept des DGB ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem aber weitere folgen

müssen. Wer morgen eine vernünftige Rente will, muss heute mit dem Dogma der ständigen Beitragssatzsenkung brechen. Es ist allemal besser, heute geringfügig mehr in die Rentenkasse zu zahlen als morgen aufgrund der Rente erst ab 67 drastische Rentenkürzungen und folglich Altersarmut verkraften zu müssen. Das hat der DGB richtig erkannt. Jetzt braucht es auch eine konsequente Umsetzung«, begrüßt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, das neue Rentenkonzept des DGB, das durch schrittweise Anhebung des Beitragssatzes die Renten in den kommenden Jahren auf heutigem Niveau sichern will, um Altersarmut für Millionen künftige Ruheständler zu verhindern. Birkwald weiter:

»Folgerichtig wäre es, auch mit der im Rentengesetz vorgesehenen Beitragssatzobergrenze zu brechen. Ein Verzicht auf die von der Bundesregierung geplante Absenkung der Beitragssätze brächte der Rentenpolitik bereits Mittel, mit denen wirksame Dämme gegen die heran rauschende Welle von Altersarmut aufgebaut werden könnten. Das allein wird jedoch nicht reichen: Deshalb fordert DIE LINKE eine steuerfinanzierte und einkommensgeprüfte solidarische Mindestrente.«

**Matthias .W. Birkwald,  
Rentenpolitischer Sprecher**

★

*Presseinformation 26/12 – Pflegepolitik –  
der Volkssolidarität vom 25.06.12*

**Pflege-Bahr ist ein Irrweg**

»Anstatt die strukturelle Unterfinanzierung der Pflege abzubauen, beschreitet die Bundesregierung mit der Einführung einer staatlichen Förderung privater Pflege-Zusatzversicherungen einen Irrweg.« Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, am Montag. Anlass ist die Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Gesundheit zu einem Änderungsantrag der Regierungskoalition zum Entwurf für ein Pflegeeneuordnungsgesetz (PNG), mit dem die staatliche Förderung für private Pflege-Zusatzversicherungen eingeführt werden soll.

»Die Volkssolidarität wendet sich gegen eine weitere Privatisierung des Pflegerisikos. Für einen sehr großen Teil der Bevölkerung ist damit nichts gewonnen, im Gegenteil. Niedrigverdiener, Arbeitslose und Ältere haben von den monatlich 5 Euro Zuschuss nichts, weil eine ausreichende Zusatzversicherung für sie nicht finanzierbar oder nicht lohnenswert ist. Für Normalverdiener wird es in der Regel teurer. Wer bereits eine Pflege-Zusatzversicherung abgeschlossen hat, soll außen vor bleiben. Lediglich Besserverdiener nehmen die Förderung noch zusätzlich mit. So wird der Pflege-Bahr ein Flop.«

»»» Fortsetzung auf Seite 5

## Zwischenruf

Der Hauch aus präsidialer Munde wird die Schiedefire wieder anfachen. Es gilt, die Pflugscharen, die einst westmedienwirksam aus Schwertern geschmiedet wurden, womit sich vor allem die DDR ärgern ließ, wieder Schwerter werden zu lassen. Die Führungsakademie der »Stütze der Freiheit« bzw. »des Demokratiewunders«, wie Herr Präsident die Bundeswehr definiert, stützt sich nicht auf Ackergeräte, sie wäre sonst auch nicht der Ort seiner militärischen Betrachtungen.

Das Oberhaupt mochte »in den ersten fünf Jahrzehnten« seines Lebens das Militär überhaupt nicht. Vielleicht war es ihm nicht reisebegeistert genug. Seine »Aufmärsche« fanden ausschließlich im Innern des Landes statt und Interesse für den Balkan, den Hindukusch oder das Horn von Afrika waren nicht vorhanden. »Frieden schaffen ohne Waffen« war eigentlich langweilig. Aus dem Nähkästchen im Schloss Bellevue hat er aber ein süßes Geheimnis nach Hamburg gebracht und, in dem Kreis wird man es wohl sagen dürfen, die Armee, die »Volksarmee« hieß und es nicht war, sei durch die Partei ohne Scheu auch gegen die eigenen Bürger eingesetzt worden. Ort, Zeit und Anlass eines solchen Vorgehens der NVA wird er sicher später in freier Fabulierkunst nachliefern.

»Glück und Friede sei beschieden, Deutschland, unserm Vaterland?« So etwas können sich nur Kommunisten ausdenken und 40 Jahre realisieren. »Lasst das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint?« Wo gibt's denn so was? Glückselig sind die Kerle geworden, die nicht mal ihrem Tod für die Freiheit aufgeschlossen gegenüber stehen.

Also »Helm auf«, wie man aus deutschen Fußballerkreisen in Gdansk, ('tschuldigung, natürlich Danzig), hören konnte, wo ja die Spiele der deutschen Mannschaft »Heimspiele« sind (InfoRadio v. RBB am 18.06.12). Die Besichtigung der Westernplatte hat vielleicht dazu geführt, den Helm wieder abzusetzen und vor den Opfern der faschistischen Aggression den Hut zu ziehen.

Schön, dass wir mal über die Bedeutung höchstinstanzlicher Militärseelsorge gesprochen haben, denn auch ein Oberst Klein ging nach den auf seine Initiative in Afghanistan ausgelöschten über einhundert Menschenleben erst mal beten.

Wegtreten wäre besser gewesen.

W.K.

»»» Fortsetzung von Seite 4

### Auf dem Büchermarkt:

Offensichtlich gehe es der Koalition weniger um eine bessere Vorsorge gegen das Pflegerisiko, sondern um die langfristige Erschließung eines scheinbar zukunftsreichen Marktes, betonte Winkler. Dabei werde verschwiegen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen gar nicht pflegebedürftig wird (laut 6. Altenbericht der Bundesregierung bezogen 55,9 Prozent vor ihrem Tod keine Pflegeleistungen) und Alter auch nicht zwingend mit Pflegebedürftigkeit gleichzusetzen ist.

»Statt private Versicherungen für ein schwer bestimmtes Risiko mit Steuermitteln zu fördern, sollte die umlagefinanzierte soziale Pflegeversicherung finanziell gestärkt und auch auf der Leistungsseite so ausgebaut werden, dass die Menschen sich nicht mehr fürchten müssen, später pflegebedürftig zu werden. Das erreicht man nicht durch eine Individualisierung des Pflegerisikos, sondern nur durch mehr Solidarität. Deshalb bleiben wir dabei: Die Pflege muss solidarisch und zukunftssicher finanziert werden – am besten durch eine Bürgerversicherung, an der sich alle mit ihren Einkommen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligen.«

Paul Bergner

#### Die Waldsiedlung

Geschichten über »Wandlitz«. Ein Sachbuch (Basdorf 2012)

272 Seiten, zahlreiche Dokumentarfotos  
Preis: 13,50 Euro (zuzügl. 3,- Euro Versandkosten)

Bezug über FB-Verlag Gisela Bergner,  
Anemonenweg 8, 16348 Wandlitz OT Basdorf  
oder: [www.wandlitz@gmx.de](mailto:www.wandlitz@gmx.de)

Es wird eine »Geschichte über Wandlitz« vorgelegt im Wissen darum, dass so ziemlich alle Fettnäpfchen tangiert werden, die das Thema hergibt. In der sehr sachkundigen, geradlinigen und aufrichtigen Problembehandlung liegt ein besonderer Reiz der Darstellungen. Dafür gebührt dem Verfasser sowie den ehemaligen Kollegen und Mitarbeitern, die die umfangreiche Recherche aktiv unterstützt haben, rückhaltlos Respekt und Anerkennung.

Beschrieben werden Aufbau, Betrieb und letztlich die Auflösung der Siedlung im jeweiligen politischen und persönlichen Spannungsfeld. Sehr lebhaft werden überlieferte »Ge-

schichten zur Geschichte« dargestellt, auch in ihrer inneren Widersprüchlichkeit.

Der Quintessenz des Autors allerdings, in Wandlitz »Ergebnis, Symbol und Ausdruck einer verfehlten Politik« sehen zu wollen, vermag man nicht zu folgen. Sie greift zu kurz und scheint wohl doch zu stark dem Zeitgeist geschuldet.

Was der Verfasser über die Waldsiedlung hinaus an Jäger-, Bunker- und sonstigen Geschichten zu vermelden hat, gehört sicher unerlässlich zum Thema.

Das Buch ist ein beachtlicher Beitrag zu zeitgeschichtlicher Dokumentation. Manch offene Frage wird allerdings letztlich wohl erst zu beantworten sein, wenn weder zeitliche noch persönliche Nähe zum Stoff den Blick für eine ausgewogene Problemsicht zu verstellen vermag und auch Dokumenteneinsicht in spezielle Archive – auch außerhalb des DDR-Bereichs – möglich geworden ist.

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 27.06.2012

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 25.07.2012

**Einstellung im Internet:** 03.08.2012

**Auslieferung:** 09.08.2012

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

**Postanschrift:** ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

**E-Mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

**Redaktion:** [isor-redaktion@t-online.de](mailto:isor-redaktion@t-online.de)

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr